Stand: 16.12.2025 01:59:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12744

"Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten - naturschutzrechtlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Umsetzungsprojekten der Energiewende minimieren"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/12744 vom 01.08.2016
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13789 des UV vom 20.10.2016
- 3. Beschluss des Plenums 17/14243 vom 10.11.2016
- 4. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016



## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

01.08.2016 Drucksache 17/12744

## **Antrag**

der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder CSU

Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten – naturschutzrechtlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Umsetzungsprojekten der Energiewende minimieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die im Zuge der Energiewende notwendigen Maßnahmen zum Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze, insbesondere für die vorrangige Verlegung von Erdkabeln, schnelle und unbürokratische Regelungen zur naturschutzrechtlichen Kompensation zu erarbeiten. Ziel ist es, die Voraussetzungen für einen flächensparenden Netzausbau zu schaffen und die Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichsflächen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu minimieren.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die artenschutzrechtlichen Kompensationsverpflichtungen für diese Projekte flächenschonend umgesetzt werden. Dadurch soll auch der positive Gegenwert der Umstellung von Kernkraft und fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien für die Natur gewürdigt werden.

#### Begründung:

Ein zügiger Netzausbau und die Realisierung sonstiger Umsetzungsprojekte sind elementar für das Gelingen der Energiewende. Allein für die Stromleitungsbauvorhaben im Höchstspannungsbereich ist in Bayern beispielsweise geplant, über 400 Kilometer Erdverkabelung unterirdisch zu verlegen. Hierfür müssen Hürden wie der naturschutzrechtliche und artenschutzrechtliche Ausgleich reduziert werden, um den Netzausbau und sonstige Umsetzungsprojekte zügig und ohne weitere Schwierigkeiten durchführen zu können.

Darüber hinaus stellt der Netzausbau im Sinne der an sich ökologischen Energiewende keinen oder lediglich einen minimalen Eingriff in die Natur dar und trägt durch den Umbau der Energieerzeugung und dem Ausstieg aus der Kernkraft sowie der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern (beispielsweise Kohle) langfristig zur Abwendung von Gefahren für die Biodiversität bei.



## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

20.10.2016 Drucksache 17/13789

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU

Drs. 17/12744

Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten - naturschutzrechtlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Umsetzungsprojekten der Energiewende minimieren

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Anton Kreitmair Mitberichterstatter: Klaus Adelt

#### II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie haben den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 29. September 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung Zustimmung empfohlen.

 Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 19. Oktober 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 20. Oktober 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

**Dr. Christian Magerl** Vorsitzender

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.11.2016 Drucksache 17/14243

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Dr. Martin Huber, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Thorsten Schwab, Klaus Steiner, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder CSU

Drs. 17/12744, 17/13789

Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten – naturschutzrechtlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Umsetzungsprojekten der Energiewende minimieren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für die im Zuge der Energiewende notwendigen Maßnahmen zum Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze, insbesondere für die vorrangige Verlegung von Erdkabeln, schnelle und unbürokratische Regelungen zur naturschutzrechtlichen Kompensation zu erarbeiten. Ziel ist es, die Voraussetzungen für einen flächensparenden Netzausbau zu schaffen und die Inanspruchnahme land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen für Ausgleichsflächen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu minimieren.

Die Staatsregierung wird weiter aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die artenschutzrechtlichen Kompensationsverpflichtungen für diese Projekte flächenschonend umgesetzt werden. Dadurch soll auch der positive Gegenwert der Umstellung von Kernkraft und fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien für die Natur gewürdigt werden.

Die Präsidentin

I.V.

#### **Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

## **Abstimmung**

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, bitte ich um das Handzeichen. – Das ist bei allen Fraktionen der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es be (E) (G) (A)	edeuten:	Zustimmungser Ablehnungser Ablehnung eir	ustimmungsempfehlu empfehlung des Aussch npfehlung des Aussch ner Fraktion im Aussch einer Fraktion im Aussch	chusses mit Gegenstim nusses oder nuss	nmen
1.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Unterzeichnung mit vorläufiger Anwendung von CETA verhindern! Drs. 17/10751, 17/13715 (A)				
			den Ausschusses für ngelegenheiten sowie	regionale Beziehunger	n
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A		Z
2.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerischen Handlungsspielraum ausnutzen: CETA ablehnen! Drs. 17/12337, 17/13716 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A		Z
3.	Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ruth Waldmann u.a. SPD Faire Beschaffung durch den Freistaat Bayern – soziale und umweltbezoger Aspekte bei Vergaben des Freistaats stärker berücksichtigen Drs. 17/12426, 17/13717 (A)				ltbezogene
			den Ausschusses für ngelegenheiten sowie	regionale Beziehunger	ı
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A				

Anlage 1
zur 86. Vollsitzung am 10. November 2016

4.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD Ausbau erneuerbarer Energien in Bayerns Partnerregionen Drs. 17/12597, 17/13718 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
5.	Antrag der Abgeordneten Hans Ritt, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Teibhausgas-Minderungspotenzial von Biokraftstoffen im Rahmen der Pkw- Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) verdeutlichen Drs. 17/12610, 17/13788 (E)				
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
6.	Dringlichkeitsantrag de Prof. Dr. Michael Piazo Eine echte Koalition m Drs. 17/12620, 17/137	olo u.a. und Fraktion (Fit dem Volk: CETA im	FREIE WÄHLER)	reibl,	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		Z	
<ol> <li>Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Transparenz beim Kauf von Fleisch – Verbraucherinnen und Verdas Recht auf Informationen zur Haltungsform Drs. 17/12697, 17/13684 (A)</li> </ol>					
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A			Z	

8.	Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD Vorbild Bayern I: Fairtrade-Siegel bei Vergabe öffentlicher Aufträge als wesentliches Kriterium beachten Drs. 17/12698, 17/13720 (A)
	Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

9. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD Vorbild Bayern III: Kommunen durch zentrale Beratungsstelle bei Vergabe öffentlicher Aufträge helfen, soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen und zu fairem Handel beizutragen Drs. 17/12699, 17/13721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. SPD Vorbild Bayern II: Zentrale Datenbank informiert über Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien durch Unternehmen Drs. 17/12700, 17/13722 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld u.a. SPD Arbeitnehmerschutz als Grundlage für nachhaltige Entwicklung Drs. 17/12734, 17/13723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

zur 86. Vollsitzung am 10. November 2016

 Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Landwirtschaftliche Nutzflächen erhalten – naturschutzrechtlichen Ausgleich beim Netzausbau und sonstigen Umsetzungsprojekten der Energiewende minimieren

Drs. 17/12744, 17/13789 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		Α

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Zentrale Servicestelle für die Öffentliche Vergabe Drs. 17/12967, 17/13724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Bericht zur Mittelschule in Bayern Drs. 17/11807, 17/13889

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

### der den Antrag für erledigt erklärt hat

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Fehlmeldungen bei der Polizei Drs. 17/12987, 17/13293

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

der den Antrag für erledigt erklärt hat